



# Zeitung

## der Sozialen Liste Bochum

### Geothermie statt umstrittenes Windrad

#### Stadt Bochum missachtet Gerichtsurteil

Das größte Windrad in NRW soll in Bochum-Gerthe an der Stadtgrenze zu Castrop-Rauxel entstehen. Ein Anwohner klagte erfolgreich gegen die 150 Meter hohe Windkraftanlage und erzielte einen Bau-stopp.



Helgard Althoff

Grund sei ein zu geringer Abstand der Anlage zu der vorhandenen Wohnbebauung, hierdurch würden die Anwohner einer optisch bedrückenden bzw. bedrängenden Wirkung ausgesetzt, so die Begründung des Verwaltungsgerichtes Gelsenkirchen, dass die erteilte Genehmigung somit als unwirksam ansah. Doch die Stadt Bochum will das Windrad mit aller Macht und versucht mit einem Bebauungsplan, was nicht passend ist, passend zu machen.

Mit diesem Bebauungsplan soll der Windradstandort gesichert und der Weiterbau der im Moment ungenehmigten Ruine ermöglicht werden. So versucht man nachträglich, entgegen des Gerichtsurteils, das Windrad zu legalisieren. Besonders pikant dabei ist, dass der Bebauungsplan der Stadt Bochum die Möglichkeit an die Hand geben soll, die so genannte „optische Bedrängung“ durch Sichtschutzpflanzung auf den Grundstücken der Eigentümer zu umgehen.

Das, was die Landesregierung in Düsseldorf mit dem neuen Kohlekraftwerk in Datteln versucht, wird hier in Bochum nachgemacht. So stimmte die Bezirksvertretung Bochum Nord mit rot-grüner Mehrheit der Aufstellung dieses Bebauungsplanes zu.

Die Soziale Liste Bochum sieht hierin eine Missachtung eines Gerichtsurteils durch die Stadt Bochum und fordert, sich an rechtmäßige Entscheidungen zu halten.

„Da die Stadt Bochum nur über diesen einen Standort für eine Windkraftanlage verfügt, wäre es aus Sicht der Sozialen Liste doch sinnvoller sich auf andere regenerative Energien wie, z.B. die Geothermie, zu konzentrieren“, äußert sich Helgard Althoff stellv. Vorsitzende der Sozialen Liste. Auch die Errichtung von Bürgersolaranlagen auf städtischen Dächern, wie es in Castrop-Rauxel seit zwei Jahren praktiziert wird, sollte vehement vorangetrieben werden.

#### Nachtrag:

Ein Lehrstück an gelebtem Parlamentarismus erfuhren BürgerInnen, die an der **Bezirkssitzung Bochum Nord am 10. Februar** teilnahmen.

Zahlreiche Anwohner des Windrades wollten in der Sitzung ihre Gegenargumente zum Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes zu Gehör bringen, durften sie aber nicht.

Mit elf zu sieben Stimmen lehnte Rot-Grün einen entsprechenden Antrag ab und zog sich auf den Standpunkt zurück, dass im Bebauungsplanverfahren ohnehin eine Bürgeranhörung stattfinden würde.

Sieht so die Bürgernähe aus, die sich die BezirksvertreterInnen auf die Fahne geschrieben haben?

### Internationaler Frauentag

## Herzliche Glückwünsche zum Internationalen Frauentag

Vor 99 Jahren wurde der Internationale Frauentag für die Interessen der Frauen, gegen Unterdrückung und Krieg, für Gleichberechtigung und das Frauenwahlrecht zum ersten Mal gefeiert. Als Rosa Luxemburg 1914 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, weil sie gegen den Krieg auftrat, gab es in vielen Ländern Europas am Internationalen Frauentag Solidaritätskundgebungen für die deutsche Sozialistin.

Am 23. Februar 1917 nach dem alten russischen Kalender – 8 Monate vor der russischen Revolution – streikten 90.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in Petrograd und forderten Brot – ohne Erfolg. Seitdem wird der Internationale Frauentag an diesem Tag begangen, der nach heutigem Kalender auf den 8. März fällt. Frauen kämpfen immer wieder für Frieden und soziale Verbesserungen, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Arbeitszeitverkürzung, gegen die Arbeitslosigkeit und gegen den §218 (das Abtreibungsverbot). Selbst in den Konzentrationslagern organisierten Kommunistinnen, Sozialdemokratinnen und parteilose Frauen heimlich Frauentagsveranstaltungen und übernahmen nach der Befreiung die Losung der Buchenwald-Häftlinge „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“.

**Auch heute noch müssen wir uns gemeinsam für diese Ziele einsetzen, denn sie werden uns nicht geschenkt:**

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!**
- **Sichere Arbeitsplätze!**
- **Soziale Absicherung und Frieden für die Familien in aller Welt!**
- ...



„... ich will dort kämpfen, wo das Leben ist, ...“  
Zitat: Clara Zetkin, 1918, Bild von 1910

### Goldhamme, Wattenscheid-West und Hamme:

## Umwelt- und Gesundheitsbelastungen

Eine Studie brachte es an den Tag. In der Nähe von Edelstahlwerken ist die Umwelt- und Gesundheitsbelastung besonders hoch. Besonders bei Müttern und Kindern wurden erhöhte Gefährdungen durch Schwermetalle (Chrom und Nickel) festgestellt.

Jetzt will ThyssenKrupp, zusätzlich zu der Schlackenaufbereitungsanlage und dem Zwischenlager für Abfälle in der Stahlproduktion an der Römerstraße (siehe Foto), die Deponie am Maarbach wieder in Betrieb nehmen.

Die Soziale Liste stellte zu diesen Themen mehrere Anfragen an die Verwaltung und wird in der nächsten Ausgabe ihrer Zeitung darüber berichten.



Das Zwischenlager an der Römerstraße

### Umbau der Herner Straße in Riemke:

## Kein Platz für Fußgänger

Der Umbau der Herner Straße von der Kreuzung **Auf dem Dahlacker/Tippelsberger Straße bis zur Autobahnauf-/abfahrt 16 BO-Riemke der A43** geht in vielen Bereichen zu Lasten der FußgängerInnen.

An manchen Stellen ist der Bürgersteig kaum so breit, dass ein Kinderwagen oder Rollator durchgeschoben werden kann, geschweige denn ein Rollstuhl und das in einem Wohngebiet in dem ein Alten- und Pflegeheim zu Hause ist.

Auf diesem Streckenabschnitt ist die Herner Straße vierspurig ausgebaut. Dieser vierspurige Ausbau verleitet viele AutofahrerInnen dazu, sich nicht an die ortsübliche Geschwindigkeitsbegrenzung zu halten; sie glauben sich wohl auf einen Teilabschnitt des Nürburgrings zu befinden. Desweiteren wird dieser Streckenabschnitt als Autobahnzubringer zwischen der Autobahnauf-/abfahrt 16 BO-Riemke der A43 zur A40, Autobahnauf-/abfahrt 35 BO-Zentrum missbraucht, anstatt den Umweg über das *Bochumer Kreuz* zu fahren.



### ZDF, WDR....

## Bochums Haushaltskrise als Medienereignis

Die Finanzkrise der Kommunen ist gegenwärtig ein großes Thema in den Medien. Mittendrin Bochum. Zahlreiche Berichte gab es in der Presse und in der Lokalzeit Ruhr.

So filmte der WDR in Bochum für die „Hier und Heute Reportage“. Im gesendeten Film kamen neben dem Finanzdezernenten und dem Personalratsvorsitzenden auch Michael Eichelberger (Vertreter der Sozialen Liste im Bezirk Ost) zu Wort. Im „heute journal“ am 02.02.2010 wurde im Beitrag „Finanznot der Städte – Die bittere Streichliste von Bochum“ auch Günter Gleising, Ratssprecher der Sozialen Liste interviewt.

Mehr zum Thema Haushaltskrise aus S. 3.

### Fünf Jahre verfassungswidrige Hartz IV-Regelsätze:

## Konsequenzen aus dem BVG-Urteil

Erwartungsgemäß hat das Bundesverfassungsgericht die geltenden Hartz IV-Sätze für Erwachsene und Kinder für verfassungswidrig erklärt.

Das Gericht bescheinigt damit den politischen Schöpfern der „Arbeitsmarkt- und Sozialreform“ (Schröder, Fischer, Clement, Müntefering, etc.) jahrelang das Grundgesetz mit Füßen getreten zu haben. Die Soziale Liste kritisiert auch, dass es in der Bochumer Kommunalpolitik von SPD und Grünen keine grundsätzliche Kritik an und keinen Protest gegen Hartz IV gegeben hat. Stattdessen wurden Vertreter der Sozialen Liste und andere diffamiert.

Fortsetzung auf S. 2 (Mitte)

### Prometheus:

## Anfrage zur Nutzung der Erdwärme

Zum gegenwärtigen Stand des Erdwärmeprojektes Prometheus stellte Ratsfrau Nuray Boyraz (Soziale Liste) in der Ratssitzung am 28. Januar die folgende Anfrage:



Nuray Boyraz

1. Wie ist der derzeitige Stand des Projektes Prometheus, das dem Stadtteil Querenburg und die Ruhr-Universität mit Fernwärme und Energie versorgen soll? Sind die Forschungsarbeiten zwischenzeitlich abgeschlossen? Gibt es einen Zeitplan für die Umsetzung dieses Projektes? Ist die Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen zwischenzeitlich bewilligt worden?
2. Welche weiteren aktuellen Entwicklungen (Projekte) in der Nutzung der Geothermie gibt es in Bochum?
3. Wie sieht die Entwicklung bei den Stadtwerken Bochum derzeit aus, die bisher eine abwartende bis kritische Meinung gegenüber dem Thema Geothermie eingenommen haben?
4. Gibt es Planungen in städtischen oder anderen öffentlichen Gebäuden Geothermie zu nutzen?

**Kommentar:****Sozialrassismus –  
Westerwelle auf  
Kollisionskurs**

In Deutschland ist die extreme Rechte auf dem Vormarsch. Wer dabei in erster Linie an die Zusammenrottung von Neonazis in Dresden denkt, verkennt den Ernst der Lage. Die akute Rechtsgefahr manifestiert sich weniger in braunem Straßengegröle als in offiziellen Debattenbeiträgen zur sozialen Lage. Die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit müsse neu gestellt werden, meint Guido Westerwelle und fordert darüber eine Generaldebatte im Bundestag. 45 Prozent des Bundeshaushaltes würden mittlerweile für den Sozialetat ausgegeben, schürt der FDP-Vorsitzende die Wut der „Leistungssträger“ und spielt gleichzeitig mit deren Ängsten vor dem sozialen Abstieg zu Transferleistungsempfängern: „Wenn das so weitergeht, wird durch diese Umverteilungspolitik der ganz normale Steuerzahler zum Sozialfall.“

So wollen die Westerwelles die soziale Frage neu gestellt wissen. Nicht als Gerechtigkeitsproblem zwischen oben und unten, sondern zwischen „Steuerzahlern“ und „Leistungsempfängern“. Daß sich Hochleistungsträger ihrer Steuerpflichten entziehen, um nicht selbst zum Sozialfall zu werden, wird in wirtschaftsliberalen Kreisen freilich eher als Beitrag zur Schließung der Gerechtigkeitslücke wahrgenommen. Die von der extremen Regierungsrechten ausgelöste Sozialschmarotzerdebatte ist ebenso elitär wie populistisch. Elitär, weil sie Unterprivilegierte unter Betrugsverdacht stellt und populistisch, weil sie eine manipulativ gewendete Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit suggeriert. Dabei schienen doch gerade die Liberalen über jeden Populismusverdacht erhaben. Schließlich gehört es längst zum guten Ton, den sozialen Diskurs als populistisch zu verdammen. Ihr offen zur Schau gestellter Elitismus hindert die FDP jedoch keineswegs am Schlußschluß mit dem plebejischen Ressentiment. Es hieß stets, in Deutschland gebe es keine mit der Haider-FPÖ vergleichbare Kraft. Doch es gibt sie – in Gestalt der Westerwelle-FDP. Haider's Stärke bezog sich aus der Kombination aus Sozialdarwinismus und sozialer Demagogie. Sein Hohelied auf den kleinen Mann harmonierte mit Tiraden gegen staatliche Bevormundung und die Unterdrückung des Leistungsprinzips. Den „Tüchtigen, Anständigen und Fleißigen“ galt seine Anerkennung, der „sozialen Hängematte“ seine Ablehnung.

Man könnte einwenden, daß sich Westerwelles FDP anders als die Haider-FPÖ und ihre diversen Nachkommen keines ethnischen, sondern „nur“ eines sozialen Rassismus bedient. Wie sich beide Rassismus-Formen auch in Deutschland verknüpfen lassen, beweist ein Herr Sarrazin, der, obzwar SPD-Mitglied, seinen Haß auf Türken und Araber auf die Unterschichten und seinen Haß auf die Unterschichten auf Türken und Araber zu projizieren versteht. Das sollte lehren, das Problem Rechtsradikalismus nicht isoliert zu betrachten, wie das der Mainstream-Antifaschismus tut, sondern stets im Kontext mit der neoliberalen Hegemonie.

Werner Pirker, in: Junge Welt 16.02.2010

**SCHREI!**

Schrei ihnen ihr Versagen ins Gesicht,  
deine Angst, deine Wut, deine Ohnmacht  
schrei sie ihnen ins Gesicht  
Tag für Tag,  
bis dein Schrei die Stimme wird  
die sie in ihren Träumen hören  
Nacht für Nacht  
schrei es ihnen ins Gesicht

Erst wenn deine Stimme verstummt  
können sie dich  
in aller Ruhe  
vergessen.

Darum schrei ihnen ins Gesicht  
bis sie begreifen  
dass du keine Nummer bist  
Schrei um dein Leben.  
SCHREI!!!

© Doris Killmer (16.12.2009)

**Fortsetzung von Seite 1:****Soziale Liste fordert sofortige Konsequenzen  
aus dem BVerfG-Urteil**

Das jetzt von BVerfG ergangene Urteil hebt besonders das Sozialstaatsprinzip und den Anspruch auf „Achtung und Würde jedes Einzelnen“ hervor. Die bisherige Höhe der Regelleistung für Erwachsene und Kinder sind in „nicht verfassungsgemäßer Weise ermittelt worden“, so das BVG.

Zum monatlichen Festbetrag muss außerdem ein über dem laufenden Bedarf liegender „zusätzlicher Leistungsanspruch“ eingeräumt werden. Das BVerfG schreibt dem Gesetzgeber jetzt vor, bis zum Ende des Jahres „alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht sowie nachvollziehbar auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren zu bemessen.“ Das Urteil muss auch Konsequenzen für die Bochumer Kommunalpolitik haben. Die Soziale Liste Bochum fordert als Folge des BVerfG-Urteils sofort wieder Zusatzleistungen für besondere Lebenslagen und außergewöhnliche Belastungen einzuführen und damit zu Regelungen zurückzukehren, wie sie bei der früheren Sozialhilfe bestanden.

Da das Bundesverfassungsgericht sich nicht zu der Höhe der Leistungen geäußert hat, sieht die Soziale Liste Bochum die Aufgabe, noch mehr öffentlichen Druck und außerparlamentarische Opposition zu erzeugen, um eine deutliche Erhöhung der Hartz IV-Sätze zu erkämpfen.

**Die Hartz IV-Macher:**

Gerhard Schröder Harald Schartau Peter Hartz Wolfgang Clement Wolfgang Tiefensee

**Wir dokumentieren:****Leitsätze zum Urteil des Ersten Senats des  
BVerfG vom 9. Februar 2010**

1. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.
2. Dieses Grundrecht aus Art. 1 Abs. 1 GG hat als Gewährleistungsrecht in seiner Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG neben dem absolut wirkenden Anspruch aus Art. 1 Abs. 1 GG auf Achtung der Würde jedes Einzelnen eigenständige Bedeutung. Es ist dem Grunde nach unverfügbar und muss eingelöst werden, bedarf aber der Konkretisierung und stetigen Aktualisierung durch den Gesetzgeber, der die zu erbringenden Leistungen an dem jeweiligen Entwicklungsstand des Gemeinwesens und den bestehenden Lebensbedingungen auszurichten hat. Dabei steht ihm ein Gestaltungsspielraum zu.
3. Zur Ermittlung des Anspruchsumfanges hat der Gesetzgeber alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht sowie nachvollziehbar auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren zu bemessen.
4. Der Gesetzgeber kann den typischen Bedarf zur Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums durch einen monatlichen Festbetrag decken, muss aber für einen darüber hinausgehenden unabwiesbaren, laufenden, nicht nur einmaligen, besonderen Bedarf einen zusätzlichen Leistungsanspruch einräumen.

(Copyright © 2010 BVerfG)

**Bundesverfassungsgericht:****Einmalzahlungen für Hartz IV-Empfänger!**

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat entschieden, dass die Regelsätze für das Arbeitslosengeld II verfassungswidrig sind. Insbesondere wurden besondere Bedarfe von Kindern wie z.B. Schulmaterialien nicht in den Regelsätzen berücksichtigt.

Außerdem rügte das Gericht die jetzige Berechnungsweise und verlangt eine transparente und realistische Berechnung der Regelsätze und setzte für eine entsprechende gesetzliche Regelung eine Frist bis zum 31.12.2010. Besonders wichtig ist die Entscheidung des BVerfG, dass mit sofortiger Wirkung für dringende Fälle wieder Einmalzahlungen an die Betroffenen zusätzlich zum Arbeitslosengeld II zu leisten sind.

Was fällt unter diese Einmalzahlungen? Die neueste Definition des Bundesministerium für Arbeit entspricht nicht dem BVerfG-Urteil. Danach sollen übernommen werden:

- Im Ausnahmefall: **Nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel**, zum Beispiel Hautpflegeprodukte bei Neurodermitis oder Hygieneartikel bei ausgebrochener HIV-Infektion,
- **Putz- oder Haushaltshilfen für Rollstuhlfahrer**, die gewisse Tätigkeiten im Haushalt nicht ohne fremde Hilfe erledigen können und keine Hilfe von anderen erhalten,
- **Kosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechtes** mit den Kindern, das heißt regelmäßige Fahrt- oder Übernachtungskosten.
- **Kosten für Nachhilfeunterricht** können nur im besonderen Einzelfall gewährt werden. Voraussetzung hierfür ist, dass es einen besonderen Anlass gibt (z.B. langfristige Erkrankung, Todesfall in der Familie). Zudem muss die Aussicht auf Überwindung des Nachhilfebedarfes innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten, längstens bis zum Schuljahresende bestehen. In der Regel können Kosten für Nachhilfeunterricht **nicht** übernommen werden, vorrangig sind schulische Angebote wie Förderkurse zu nutzen.

Weitere wichtige unabwiesbare Bedarfe sollen laut Bundesregierung beschnitten werden:

Praxisgebühr, Bekleidung für Übergrößen, Brille, Waschmaschine/Kühlschrank etc., Zahnersatz, Orthopädische Schuhe, ...

Die Entscheidung des BVerfG ist also keine „Entwarnung“ für Hartz IV- und Empfänger der Sozialhilfe. Ein menschenwürdiges Leben ist auch nach Einführung einer „Härtefallklausel“ weiterhin nicht möglich, zumal elementare Bedarfe wie z.B. eine Brille weiterhin mit den Regelsätzen abgegolten sind. Die Höhe der Regelsätze ist in dem Urteil des BVerfG auch nicht direkt als unzureichend bezeichnet worden.

**Der Kampf gegen das Armutsförderungsgesetz Hartz IV muss unvermindert weitergehen!**



Ulrich Achenbach

**Parteispenden 2009:****6 Millionen für  
Regierungsparteien,  
SPD und Grüne**

Der Schatzmeister der CDU konnte sich 2009 über 22 Überweisungen freuen, die sich auf 2,9 Millionen Euro summierten.

Auf Platz zwei folgt mit elf Überweisungen im Volumen von 1,7 Millionen Euro die FDP. Die CSU sammelte fünf Großspenden, die zusammen etwas über eine Million Euro ausmachen. Die SPD bekam vier Spenden von zusammen 461.345,56 Euro. Die Grünen kassierten eine Einzelspende in Höhe von 60.001 Euro. Die Linkspartei ging bei Großspenden leer aus.

Zu den spendablen Konzern zählen die Automobilhersteller Daimler und BMW. Daimler überwies je 150.000 Euro an CDU und SPD, die FDP erhielt 200.000 Euro. BMW gab der SPD 151.000 Euro, der CSU 147.000, der CDU 110.000 und der FDP 54.000 Euro (Werte gerundet). Der Versicherungskonzern Allianz zahlte je 60.001 Euro an CDU, CSU, SPD und Grüne, die FDP bekam 50.001 Euro. Die Deutsche Bank war 2009 mit 200.000 Euro für die CDU dabei. Die umfangreichste Einzelspende stammte mit 600.000 Euro für die CSU vom Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie.

**Kurznachrichten aus ver.di  
publik, Ausgabe 01/02 2010****Kreativ gegen  
Rassismus**

WETTBEWERB 2009/2010! Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“ hat zum fünften Mal Auszubildende, Ausbilder/innen und Lehrkräfte an Berufsschulen aufgerufen, sich an dem Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ zu beteiligen. Auszubildende eines Jahrgangs, Klassen, Jugendarbeitnehmervertretungen und Projektgruppen sollen sich in Betrieb oder Berufsschule gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einsetzen. Einreichen können sie die Dokumentation eines Projekts, Aufsätze, Interviews, Filme, Fotos, Plakate und anderes. Wichtig ist der Bezug zur Arbeitswelt.  
www.gelbehand.de/wettbewerb

**Gegen die  
Kopfpauschale**

UNTERSCHRIFTENAKTIONEN I ver.di unterstützt eine Unterschriftenaktion des Vereins Compact gegen die Kopfpauschale in der Krankenversicherung. „Kippen Sie die Kopfpauschale. Unterzeichnen Sie unseren Aufruf für eine gerechte und solidarische Gesundheitsversicherung“, heißt es in dem Text. Die Unterschriften sollen an Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP), Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und den CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer geschickt werden. www.verdi.de/gesundheitspolitik

**Besuchen Sie uns mal:  
www.soziale-liste-bochum.de**

**Kulturhauptstadt:****Bisher Enttäuschung**

Der bisherige Verlauf der Aktivitäten zum Kulturhauptstadtjahr 2010 ist enttäuschend. „Viele Ankündigungen und wenig Bürgerbeteiligung“, so sieht es Günter Gleising, Ratsprecher der Sozialen Liste.



Günter Gleising

Gleising fordert, die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt der Aktivitäten zu stellen. Außerdem forderte er für Bochum, die Aktivitäten vom Kopf auf die Füße zu stellen und damit den Drang nach Prestigeobjekten, wie dem Konzerthaus, zu beenden. Er kritisierte auch die Eröffnungsveranstaltung, weil diese nur vor einem kleinen Kreis von geladenen Gästen stattfand.

**Haushalts- und Wirtschaftskrise:**

**Bochum im Nothaushaltsrecht**

Die Stadt Bochum hat keinen genehmigten Haushalt. Damit tritt für Bochum das Nothaushaltsrecht nach § 82 der Gemeindeordnung in Kraft, der umfangreiche Beschränkungen vorsieht.

Insbesondere dürfen weitgehend nur Pflichtaufgaben wahrgenommen werden und keine freiwilligen Leistungen getätigt werden, wie Bochums Rechtsdezernentin Diane Jägers in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mitteilte. Für die Bürgerinnen und Bürger wird das zur Folge haben, dass umfangreiche Sparmaßnahmen getroffen werden, die die kommunale Daseinsvorsorge ernsthaft in Frage stellen.

**480 Stellen in Gefahr**

Auch eine Verringerung des städtischen Personals als „Sparmaßnahme“ ist im Gespräch. Dabei soll es um 480 Stellen gehen, die gestrichen werden sollen. Auch die Ausbildungsmaßnahmen und die Übernahme von Azubis sind hochgradig gefährdet.

**Modernes Raubrittertum in Zeiten der Haushaltssperre:**

**Schlosspark Weitmar**

In der Ratssitzung im Januar gab es erstmals eine Debatte zum Thema Ausbau des Schlossparks Weitmar. Ratssprecher Günter Gleising von der Sozialen Liste prangerte dabei die Finanzierung der Parkumgestaltung aus Mitteln des Landes und der Stadt Bochum im Volumen von insgesamt 2 Mio. Euro an.

Die Stadt Bochum, die nur Pächterin des Schlossparks ist, investiert sowieso schon hohe Summen in Pacht und Unterhaltung des Schlossparkgeländes. Günter Gleising stellte in seiner Rede die Frage, „ob Eigentum nicht auch verpflichtet, so wie es im Grundgesetz steht“ und sprach „von modernem Raubrittertum auf Kosten der Bochumer BürgerInnen“. Die Soziale Liste kritisierte auch die Verschlechterungen in der Parknutzung für die BürgerInnen durch eine weitere Bebauung und Einzäunung des Parks.

Die Soziale Liste stimmte gegen die „überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Schlosspark Weitmar“, eine große Anzahl von Ratsmitgliedern enthielt sich der Stimme, so dass sich die SPD/Grüne-Koalition durchsetzen konnte. Ob die Stadt ihren Anteil von 250.000 Euro in Zeiten des ungesicherten Haushaltes tatsächlich leisten kann, wird jetzt beim Regierungspräsidenten in Arnsberg entschieden.

**Rotstift:**

**Seniorenswimmen gestrichen**

Die städtischen Zuschüsse in Höhe von jährlich 12.000 Euro fürs Senioren-Schwimmen wurden jetzt ersatzlos gestrichen.

Damit fallen die Kurse ab sofort weg. Betroffen sind rund 300 bis 400 Senioren. Die Wattenscheiderin Christa Ebel, seit Jahren beim Seniorenswimmen dabei, schrieb einen Protestbrief an Stadt und Fraktionen, indem es heißt: „Gerade für die Älteren bedeutet Schwimmen unter fachkundiger Anleitung Lebensqualität, Selbstvertrauen, soziales Miteinander, Förderung von Vitalität. Ausgerechnet hier will die Stadt nun ansetzen. Eine geringe Einsparung – mit großer negativer Wirkung.“

**Rotstift:**

**10 Euro fürs Sportabzeichen**

Auch tausende von Menschen unterschiedlichen Alters, die das Sportabzeichen machen, werden zur Kasse gebeten.

Zehn Euro Gebühr wird für die Teilnahme jetzt erhoben. Für Mitglieder in Sportvereinen beträgt die Gebühr fünf Euro.

**Ein Kommentar von Dr. Ulrich Schröder:**

**Wann streikt Opel Bochum?**

Einen „Bruch mit der Belegschaft“ habe General Motors durch die beschlossene Schließung des belgischen Opel-Werks in Antwerpen mit seinen 2.600 Beschäftigten riskiert, hieß es Ende Januar in diversen Medien. In Bochum droht zudem ein Abbau von rund 1.800 der gegenwärtig noch knapp 6.000 Arbeitsplätze. Auch an den übrigen bundesdeutschen Opel-Standorten sollen massiv Stellen wegfallen – ebenfalls 1.800 in Rüsselsheim und je 300 in Eisenach und Kaiserslautern.

Wann aber kommt es endlich wie zuletzt im Oktober 2004 zum europaweiten Aufbegehren der Arbeitenden, die das Bochumer Werk damals für eine Woche komplett lahmlegten? Dennoch schlug der Bochumer Opel-Betriebsratsvorsitzende Reiner Eienkel der WAZ gegenüber zuletzt immer noch äußerst defensive Töne an: „Streik ist für uns das allerletzte Mittel.“ Internationale Solidarität ist nun jedoch gefordert, bevor die Substanz der europäischen GM-Tochter so weit abgeschmolzen ist, dass sich Arbeitskämpfe ohnehin erübrigen.

„Keinen Cent Arbeitnehmerbeiträge“ werde die Belegschaft für die Schließung des Werks in Antwerpen zahlen, erklärte Gesamtbetriebsratschef Klaus Franz immerhin, nachdem die Pläne aus der GM-Zentrale in Detroit bekannt geworden waren, den Standort Antwerpen abzuwickeln. Franz warf der Konzernleitung zugleich Vertragsbruch vor: Erst vor drei Jahren hatte sie zugesagt, die Auslastung des einzigen belgischen Opel-Werks mit einem neuen Kleinwagenmodell dauerhaft sicherzustellen. Damit erweist sich die Behauptung, eine Überkapazität von etwa 20 Prozent gebe den Ausschlag zur Werksschließung, als äußerst fadenscheinig.

**Die Zeit der Warnstreiks ist vorbei**

Bereits Mitte des Jahres droht in Belgien die Beendigung der Produktion sowie die Veräußerung der Produktionsmittel. Ungeachtet dieser relativ kurzen Frist wäre jedoch noch genügend Zeit, internationale Arbeitskämpfmaßnahmen vorzubereiten und nötigenfalls die gesamte Autoproduktion von GM Europe lahmzulegen, sollte die Konzernleitung an ihren Schließungsplänen festhalten. Dies erscheint umso notwendiger, da mehr als 8.300 Jobs der insgesamt 48.000 Stellen bei Opel und der britischen Schwestermarke Vauxhall gestrichen werden sollen. Allein an den bundesdeutschen Standorten stehen 4.200 Jobs auf der Kippe. Daher genügt es nicht, sich mit befristeten Warnstreiks an einzelnen schließungsbedrohten Standorten abzufinden. Zwar hatten sich in Antwerpen zunächst auch Opelner aus Deutschland an einer zeitweiligen Werksblockade beteiligt. Dies ist erfreulich. Um den katastrophalen Kurs der Unternehmensleitung zu stoppen, wären jedoch dauerhafte international koordinierte Arbeitsniederlegungen bis hin zu Werksbesetzungen nötig – ansonsten würde die grenzüberschreitende Solidarität ein kurzes Strohfeuer bleiben.

**Tut Bochum den ersten Schritt?**

„Antwerpen kann ein Dammbbruch sein“, hatte der Bochumer Betriebsratschef Eienkel zunächst presseöffentlich zu den aktuellen Plänen der GM-Konzernleitung erklärt: „Die Gefahr, dass nach dieser Schließung weitere Standorte abgewickelt werden, ist groß.“ Somit wäre es nur konsequent, den Widerstand gegen eine mögliche europaweite Werksschließungswelle, von der neben Eisenach früher oder später auch Bochum betroffen sein könnte, von hier aus zu organisieren. „Aufstehen!“, titelt auch GEGENWEHR OHNE GRENZEN, die parteiunabhängige Betriebsgruppe bei Opel Bochum in ihrer Monatsinfo vom Januar 2010: „Mit einem Federstrich sollen in Bochum bei Opel soviel Arbeitsplätze rasiert werden wie bei der NOKIA-Stillegung. Wir haben schon genug bezahlt für die Krise, für die wir absolut nicht verantwortlich sind, jetzt sollen wir schon wieder bluten mit unseren und unserer Kinder Arbeitsplätzen. Wer soll dem Einhalt gebieten, wenn nicht wir, die Belegschaft?“ (<http://www.labournet.de>) Fahrlässig jedenfalls wäre es – wie zuletzt beim Weggang von NOKIA und der damit verbundenen Vernichtung von rund 2.000 Arbeitsplätzen – tatenlos zuzuschauen, wie ein GM-Standort nach dem anderen ohne nennenswerten Widerstand abgewickelt wird.

**Jahreshauptversammlung:**

**Soziale Liste mit Themen wie Armut, Opel und Haushaltskrise aktiv**

Die Soziale Liste Bochum hat kürzlich ihre Jahreshauptversammlung durchgeführt. Neben den Rechenschaftsberichten und der Diskussion von aktuellen Themen der Bochumer Kommunalpolitik standen auch Wahlen auf der Tagesordnung.

Die Wahl für den Vorstand ergab folgendes Ergebnis: Christoph Nitsch (Vorsitzender), Helgard Althoff (stellv. Vorsitzende), Ulrich Achenbach (Kassierer) sowie Günter Gleising, Anke Pfromm und erstmals Wolfgang Schumacher. Siegfried Fontana sowie Edmund Piniarski wurden zu Revisoren gemacht.

Die Soziale Liste Bochum will besonders zu Themen wie

1. Armut und Hartz IV,
  2. Arbeitslosigkeit,
  3. Drohenden Arbeitsplatzabbau bei Opel und anderen Betrieben,
  4. Haushalts- und Finanzkrise der Stadt Bochum
- Aktivitäten und Aktionen entwickeln.

Diese Themen sollen auch am Internationalen Frauentag, bei ihren Infoständen und am 1. Mai mit der „Zeitung der Sozialen Liste“ und Flugblättern in die Öffentlichkeit getragen werden. In der zweiten Jahreshälfte soll das Schwerpunktthema Arbeit und Jugend lauten. Geplant ist auch wieder ein Kulturfest, das im Frühjahr stattfinden soll.



Dr. Ulrich Schröder



Kampf um jeden Arbeitsplatz? – Foto: bfs Zürich



Christoph Nitsch

**Baron von Finck spendet FDP eine Million:**

**Regierungspolitik kosten Bochum Millionen**

Allein das von der CDU/CSU/FDP-Mehrheit im Bundestag beschlossene Wachstumsbeschleunigungsgesetz kostet die Stadt Bochum 10 Mio. Euro.

So hoch bezifferte die Stadtverwaltung in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses den Steuerausfall. Gewinner des Gesetzes sind vor allem die Hotelunternehmer. Sie profitieren in besonderem Maße von der im Wachstumsbeschleunigungsgesetz enthaltenen Senkung der Mehrwertsteuer von 19 % auf 7 %. Im Wahlkampf waren vor allem FDP und CSU aus Kreisen der Hotel-Unternehmer mit Millionenspenden „unterstützt“ worden. Allein vom bayerischen Baron von Finck (Miteigentümer der Hotellkette Mövenpick) bekam die FDP 1,1 Mio. Euro Spenden. Das „riecht nach Korruption“, sagte der Verfassungsrechtler Ulrich Preuß in einem Zeitungsbeitrag kürzlich zu diesem unglaublichen Vorgang.

**Altenheime und Gebäudereinigung:**

**FDP will privatisieren**

Neben der CDU fordert in letzter Zeit auch die FDP verstärkt in Bochum weitere Privatisierung: Städtisches Vermögen soll verkauft und städtische Einrichtungen sollen privatisiert werden. Jens Lücking (FDP-Fraktionsvorsitzender) stellte beispielsweise das Weiterbestehen des Museums in Frage. Sein Fraktionskollege Felix Haltt schlägt vor, die städtischen Altenheime in private Hände zu geben. Außerdem macht Haltt sich Gedanken um den „größten Batzen im Haushalt“, die offensichtlich in Richtung Personalabbau gehen.

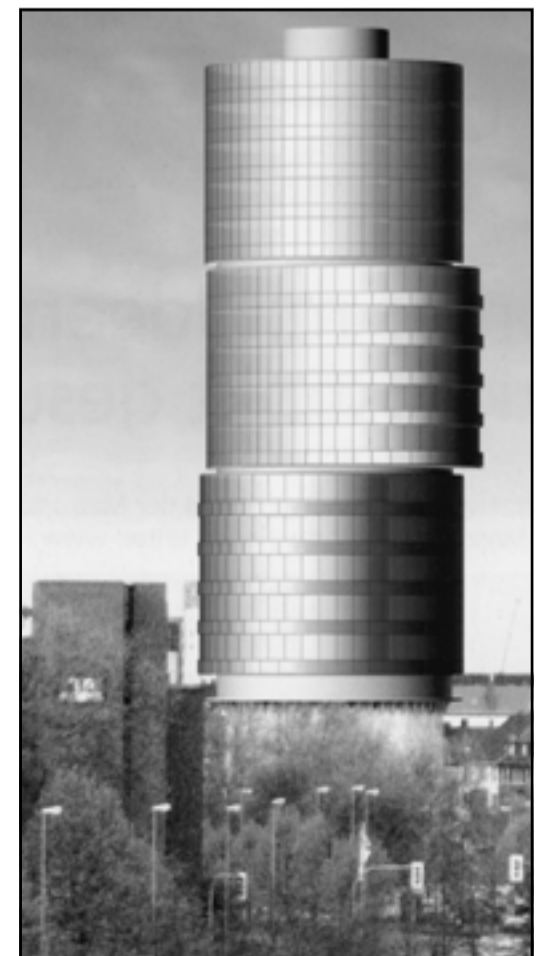
**Wussten Sie schon?**

10% der FDP-WählerInnen sind arbeitslos oder Hartz IV-EmpfängerInnen.

**Geheimniskrämerei:**

**Exzenterhaus**

Vor dem Hintergrund der Bauskandale in Köln und Düsseldorf verstärken sich die Ängste und Befürchtungen bezüglich der Sicherheit der Baumaßnahmen des Exzenterhauses.



Unverständlich ist für uns die Geheimniskrämerei im Bezug auf eine Anfrage der Sozialen Liste zu dem Thema „Exzenterhaus“, die zwar beantwortet, aber als „nicht öffentlich“, den Bochumer BürgerInnen nicht zugänglich gemacht werden darf.



## Zwingen wir die Profiteure zur Kasse!

Die Krise des Kapitalismus ist nicht vorbei.

Prekär Beschäftigte, MigrantInnen und ihre Familien traf es zuerst.

Nun beginnen die Massenentlassungen. Die Krise darf aber nicht aus den Taschen von uns Lohnabhängigen, Erwerbslosen, Jugendlichen und RentnerInnen bezahlt werden!

**Wir sind nicht für diese Krise verantwortlich.**

Ganz im Gegenteil: Wir sind diejenigen, die Tag für Tag durch unsere Arbeit den Reichtum dieser Gesellschaft schaffen.

Dieser Reichtum kommt aber nicht uns zugute.

Wir sind diejenigen, die tagtäglich der Gefahr von Erwerbslosigkeit und Armut ausgesetzt sind.

In den letzten Jahren hat die Politik immer wieder Unternehmenssteuern gesenkt und Massensteuern erhöht.

Der Höhepunkt dieser Politik waren die milliardenschweren Finanzpakete für die Banken.

Wir brauchen jetzt eine genau umgekehrte Politik. Dafür ist Druck von der Straße nötig! Am 20. März setzen wir mit unserer Demonstration ein Zeichen des Protests gegen die Last, die uns Lohnabhängigen, Erwerbslosen, RentnerInnen, Jugendlichen und MigrantInnen aufgebürdet wird.

### Wir fordern:

- Entlassungsverbot
- Unbefristete Übernahme aller LeiharbeiterInnen und Befristeten zu gleichen Tariflöhnen
- Hartz IV abschaffen – übergangsweise 500 Euro Eckregelsatz
- Rente ab 60 statt „Rente mit 67“
- Eine Schule für Alle – mit kleineren Klassen und mehr Lehrern
- Studiengebühren abschaffen – Bachelor/Master System reformieren
- Ausbildungsplätze für alle – Übernahme aller Auszubildenden im erlernten Beruf
- 30 Stunden Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro
- Abzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland

**Demo am 20. März 2010**  
12:30 Uhr, Willy-Brandt-Platz, Essen

**Wir zahlen nicht für Eure Krise!**  
**Zwingen wir die Profiteure zur Kasse**  
**Für eine solidarische Gesellschaft ohne Profitlogik!**

## SOZIALE LISTE BOCHUM

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten könnten. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der „Steuerreform“ immer weniger Steuern zahlen, weil sie gleichzeitig immer mehr Menschen arbeitslos machen.

Wir treten für ein lebens- und liebenswertes, ein menschliches und solidarisches Bochum ein. Konsequenz und unbestechlich wollen wir den Interessen der kleinen Leute Gehör verschaffen. Im Gegensatz zu anderen Parteien erhalten wir keine Zuwendungen von Unternehmen oder reichen Mäzenen. Dennoch benötigen auch wir Geld, um unsere Positionen bekannt zu machen, um Flugblätter und Veranstaltungen zu finanzieren. Jede auch noch so kleine Spende ist willkommen:

**Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G.,**  
**BLZ 430 609 67, Konto-Nr. 400 891 69 00**

„Und unsere Träne soll Kristall des Lachens sein“

## Straßentheater am Internationalen Frauentag

Chor:

Wir wollen nicht länger nur klagen.  
Wann steigt hinauf der Tag aus fahlem Traum?  
Wir träumen Schmerz um Schmerz,  
und rauskommen wollen wir aus diesem engen Raum.  
Und unsere Träne, die sich heiß ins Auge brennt,  
wird bald Kristall des Lachens sein.



Das sind Zeilen aus der Tragödie „Die Troerinnen“ von Euripides (ca 2400 Jahre alt) In diesem Theaterstück klagt Euripides den Krieg an.

Die Stadtkonferenz Bochum bereitet die 1. Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen vom 4.-8.März 2011 in Caracas/Venezuela vor. Wir Frauen von der Stadtfrauenkonferenz Bochum überlegten uns, zum „Tag der Gewalt gegen Frauen“ im November letzten Jahres ein Straßentheater zu entwickeln, um die Gewalt gegen Frauen auf der Welt anzuklagen. Zugleich wollten wir auch Werbung machen für die Weltfrauenkonferenz 2011.

Eine FigurenspielerIn und SchauspielerIn entwickelte dazu aus Texten von Euripides und selbstgeschriebenen, aktuellen Texten eine Vorlage zu den Themen: Krieg, Genitalverstümmelung, Sexismus und häusliche Gewalt. In der Aufführung schaffen die Frauen mit Stöcken verschiedene Bilder - ein Gitter, Speere, die Last, die sie zu tragen haben... Sie erzählen vom Leid der Frauen, aber auch, dass sie gegen das Leid aufbegehren. Das chorische Sprechen der Texte, das Hantieren mit den Stöcken und sich die Abfolge zu merken verlangte Einiges von den fünf Frauen vom Frauenverband Courage. Aber durch geduldiges Probieren und gemeinsames Ausprobieren kann sich das Ergebnis sehen lassen und Spaß machte es auch.

**Wer das Straßentheater sehen will, kann es am Montag, dem 08.03.2010 tun:**

- 16.00 h am Rathausvorplatz oder
- 17.30 h vor der Drehscheibe oder
- 18.00 h bei der Montagsdemo auf dem Husemannplatz



Szene aus: „Und unsere Träne soll Kristall des Lachens sein“ am 21.11.2009 in Hattingen

Die Stadtkonferenz trifft sich wieder am 7. April 2010, um 19.00 Uhr im Bahnhof Langendreer, Raum 4. Organisationen, oder einzelne Frauen, die die Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz unterstützen wollen, sind herzlich willkommen und zum Mitmachen eingeladen. Email-Kontakt: ZilliQuest@qtm.de, Internet: www.weltfrauenkonferenz.de.

Vesna Buljevic

**Ein Schritt in die richtige Richtung, aber leider unzureichend!**

### Pläne für ein Sozialticket:

Die Soziale Liste Bochum begrüßt die angekündigte Schaffung eines Sozialtickets im VRR. Konkret bedeuten die Pläne, dass Abo-Kunden das Ticket 1000, Preisstufe A2 und das Ticket 1000, Preisstufe A1 für 23 bzw. 19 Euro im Monat erwerben können. In der Variante der Nutzung nach 9 Uhr betragen die Kosten 16 bzw. 15 Euro monatlich.

Die Soziale Liste Bochum, die sich seit ihrer Gründung im Jahr 2004 für die Schaffung eines Sozialtickets eingesetzt hat, begrüßt diese Pläne ausdrücklich, dennoch erscheint uns an diesem Konzept einiges kritikwürdig:

- Was hier vollmundig als „VRR-weites Sozialticket“ angekündigt wird, erstreckt sich in seiner Gültigkeit auf die jeweilige Preisstufe „A“ immer nur auf eine Kommune, eine Preisstufe „B“-Variante, mit der auch die Nachbarstädte aufgesucht werden können, ist offensichtlich nicht vorgesehen.
- Gerade für ALG II-EmpfängerInnen ist jedoch Mobilität eine Grundvoraussetzung zum Überleben, sei es, um sich auf einen Job zu bewerben oder um von den zahlreichen Hilfsangeboten im Ballungsraum Ruhr zu profitieren, auf die sie aufgrund der unmenschlichen Hartz IV-Gesetzgebung angewiesen sind.
- Auch für KleinstrentnerInnen stellt dieses Sozialticket keine Alternative zum bestehenden „Barenticket“ dar.

Es ist zu befürchten, dass versucht wird, die Finanzierung dieses geplanten Sozialtickets ohnehin in Gänze auf die überschuldeten Kommunen abzuwälzen. Im Übrigen erscheint uns der Termin 01.08.2010 dazu angehalten, vor den NRWLandtagswahlen Stimmung zu erzeugen und Hoffnungen zu wecken, die dann eventuell nach den Wahlen bitter enttäuscht werden.

**Künstlerinnen aus unserer Region –**

Folge eins:

**Claire Waldoff**



Claire Waldoff

(21.10.1884 - 22.1.1957)  
„Wie Claire Waldoff, der Inbegriff der „Berliner Schnauze“, als Künstlerin aus unserer Region, was hat sich die Soziale Liste denn dabei gedacht?“

Jawohl, Claire Waldoff, Chansonette, SchauspielerIn, Kabarettistin und Urbild der „Berliner Göre“ wurde in Gelsenkirchen als Tochter eines ehemaligen Steigers geboren!

Nach ihrem Medizinstudium in Hannover, ging sie nach Berlin, wo sie ab 1906 die Bühnen der Kleinkunsttheater und Kabarets im Sturm eroberte („Nach meene Beene is ja ganz Berlin verrückt!“).

Die Bandbreite ihrer in die hunderte gehenden Chansons reichte von im besten Sinne sentimental Liedern wie dem berühmten „Zille sein Milljöh“ über sozialkritische Chansons bis hin zu frech-frivolen Gassenhauern.

So spielte sie etwa in „Hannelore, Hannelore, schönstes Kind vom Hall'schen“ Tore ganz offen mit Bisexualität und Androgynität.

Privat machte sie aus ihrer Liebe zu Frauen nie einen Hehl, selbst in der einerseits pruden, andererseits bigotten Kaiserzeit nicht, in der die Zensur es sogar verbot, dass nach elf Uhr abends Damen auf der Bühne in Herrenkleidung auftraten.

Das Berliner Publikum liebte ihre Darstellung einfacher Frauen aus dem Volke in unzähligen Revue- und Kabarettauftritten und es gab für sie auch die eine oder andere Filmrolle.

Die Nazis konnten einer unkonventionellen, freiheitsliebenden Künstlerin wie Claire Waldoff trotz ihrer Bodenständigkeit und Popularität natürlich herzlich wenig abgewinnen, sodass sie ab 1933 als „unerwünschte Künstlerin“ galt.

Es ist wohl ihrem Ruhm und der Liebe der BerlinerInnen zu ihrem Idol zu verdanken, dass Claire Waldoff während der faschistischen Diktatur nicht weit Schlimmeres passiert ist!

1939 zog sie sich komplett aus dem Bühnenleben zurück und konnte auch leider nach 1945 nicht mehr an ihre Karriere anknüpfen. Claire Waldoff starb am 22.1.1957 in Bad Reichenhall. Ihre Chansons bleiben unsterblich, „wer schmeißt denn da mit Lehm?“ ist zu einem geflügelten Wort geworden. Generationen von Chansonetten haben sich an ihr orientiert und sehen sie als Vorbild.

Bis heute steht sie für das andere, weltoffene, kosmopolitische, linke Berlin und ist immer noch eine Symbolfigur der Lesbenbewegung. Danke, Claire!

Christoph Nitsch  
Künstlerinnen aus unserer Region, ist eine lose Artikelserie, mit der die Soziale Liste, abseits vom offiziellen Rummel des Kulturhauptstadtjahres, an Frauen aus unserer Region erinnern möchte, die mit ihrer kulturellen Arbeit für linke, emanzipatorische und demokratische Werte einstanden.

Anzeige:

**ausZeiten**  
Bildung, Information, Forschung und Kommunikation für Frauen, Lesben, Mädchen  
Tel. 02 34 - 50 32 82  
Herner Str. 266  
44809 Bochum  
Öffnungszeiten:  
Di u. Do 15-18 Uhr u.a.V.  
info@auszeiten-frauenarchiv.de www.auszeiten-frauenarchiv.de

Ich möchte...

- Informationen über die Soziale Liste Bochum bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen der Sozialen Liste Bochum.
- Mitglied werden.

Name: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort: \_\_\_\_\_  
Tel.: \_\_\_\_\_

Ausschneiden, auf Postkarte kleben und an neben stehende Adresse schicken.

Herausgeberin:

Soziale Liste Bochum, Vorstand und Soziale Liste im Rat, Ratsgruppe  
V.i.S.d.P.: Günter Gleising, Soziale Liste, Willy-Brandt-Platz 1-3, 44777 Bochum.  
Druck: Rollenoffset-Druck Kiel GmbH, Kiel  
E-Mail: SOZIALELISTEim Rat@bochum.de oder info@soziale-liste-bochum.de  
Internet: www.soziale-liste-bochum.de  
Telefon: 0234 - 910 10 47  
Fax: 0234 - 910 10 48